

8. Weniger Druck im Kindergarten

Postulat Monika Wicki (SP, Zürich), Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon), Sylvie Matter (SP, Zürich) vom 15. Januar 2018

KR-Nr. 9/2018, RRB-Nr. 312/4. April 2018

Ratspräsident Roman Schmid: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen. Der Rat hat zu entscheiden.

Monika Wicki (SP, Zürich): Ich freue mich sehr, dass die Motion (KR-Nr. 7/2018) überwiesen wurde, weil damals, als wir sie einreichten, die Überweisung keineswegs klar war. Ich freue mich sehr, dass sich unterdessen die Verhältnisse hier im Rat ein bisschen geändert haben, das ist sehr schön.

Nun zum Postulat «Weniger Druck im Kindergarten»: Dies ist der dritte Vorstoss, den wir im Rahmen unserer Kindergarten-Offensive eingereicht haben. Ich glaube, es ist deutlich geworden, wo es brennt im Kindergarten. Und ich glaube auch, es ist deutlich geworden, dass in diesem Rat einige Parteien nicht dazu bereit sind, das Feuer zu löschen. Sie sind nicht bereit, das Feuer zu löschen, weil der Löschapparat zu teuer ist. Als wir die Vorstösse vorbereitet haben, ist deutlich geworden, dass die Vorschläge möglicherweise keine Mehrheit finden werden. Da aber von denjenigen, die unsere Vorschläge damals abgelehnt hatten, keine besseren Vorschläge auf dem Tisch liegen, haben wir entschieden, die Vorstösse dennoch einzureichen. Eine mögliche Ablehnung von mehr Klassenassistenz, eine mögliche Ablehnung, dass Kindergartenlehrpersonen keinen 100-Prozent-Job haben, oder auch eine mögliche Ablehnung, die Klassengrössen zu senken, heisst nicht, dass diese Vorschläge nicht taugen, wir haben es soeben gesehen. Die Ablehnung verdeutlicht aber, welche Parteien sich für den Kindergarten einsetzen und welche nicht. Denn wie gesagt, bessere Vorschläge liegen nicht wirklich auf dem Tisch.

Nun zur Klassengrösse: Es ist bekannt, dass die Klassengrösse nur einen kleinen Einfluss darauf hat, wie gut die Kinder lernen. Und wir wissen, dass der stärkste Faktor die Lehrperson ist, die Lehrperson selber. Gute Lehrpersonen findet man aber nur da, wo auch die Arbeitsbedingungen gut sind. Und diese sind im Kindergarten im Moment nicht gut. Die durchschnittliche Klassengrösse zeigt nicht auf, wie viele Klassen besonders gross oder wie viele Klassen klein sind. Sie zeigt auch nicht auf, wie gut die Lehrpersonen tatsächlich von den Gemeinden unterstützt werden, wenn sie grosse Klassen haben. Aber eines ist klar: Eine Klasse mit 24 Kindern im Alter von vier Jahren allein zu betreuen und zu unterrichten, ist eine gewaltige Herausforderung. In einer Krippe wäre das verboten, die Kindergärtnerinnen aber sollen dies leisten. Uns ist bewusst, dass die durchschnittliche Klassengrösse möglicherweise nicht der richtige Indikator ist, aber die Klassengrösse wird in einer Verordnung festgelegt. Es liegt nicht am Kantonsrat, diese festzulegen. Das Postulat dient dazu, einen Vorschlag zu präsentieren, um die

Diskussion darüber zu führen, wie die Arbeitsbedingungen im Kindergarten verbessert werden können. Das machen wir heute.

Wir sind der Meinung, es wäre angemessen, weniger Kinder pro Klasse im Kindergarten zu haben. Das hilft den Kindern, den Lehrpersonen und den Eltern. Ich sage es noch einmal: Der Kindergarten ist der Anfang der Schule. Dieser Einstieg prägt das ganze Leben. Massnahmen, die früh eingeleitet werden, greifen besser als solche, die spät kommen. Es gibt keine bedeutendere Schulstufe als den Kindergarten. Investieren Sie hier, es lohnt sich. Besten Dank für die Unterstützung.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Ja, Monika Wicki, die Mehrheiten haben sich verändert. Es wäre schön, wenn die GLP sich auf ihre liberale Gesinnung besinnt und das «L» nicht immer mit «links» verwechselt.

Es kann nicht sein, dass man aufgrund des früheren Kindergarteneintritts die Klassengrösse erhöht und damit den Kindergartenlehrpersonen die Verantwortung, die eigentlich bei den Eltern liegen würde, aufhalsen will. Es liegen weder längere Erfahrungen vor, noch hat man Alternativen geprüft. Einfach wieder nach mehr Ressourcen verlangen und nach mehr Finanzen schreien ist viel einfacher. Es geht einmal mehr zulasten des Steuerzahlers, des Steuerzahlers, der für alle gesellschaftlichen Probleme und das Nicht-fertig-Denken der Harnos-Befürworter (*Konkordat über die Harmonisierung der obligatorischen Schule*) aufkommen muss. Das Harnos-System hat versagt und produziert Forderungen nach mehr finanziellen Mitteln, wegen Überforderung der Schulkräfte. Und wer sind die Verlierer? Die Kinder. Interessiert das eigentlich niemanden? Wir sind nach wie vor der Meinung, dass ein späterer Schuleintritt die viel, viel bessere Lösung für unsere Kinder ist.

Nehmen Sie unsere Überlegungen auf und lassen Sie es mit uns diskutieren. Wir lehnen dieses Postulat ab. Danke.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung: Es gibt keine Berufsgruppe, über die wir hier im Rat so viel reden, die so viel klagt, die so viele Geschäfte verursacht wie die Beschäftigten in der Volksschule, und das bei ganz anständigem Lohnniveau. Wir haben Chaos veranstaltet in der Volksschule, und jetzt soll es mit Geld gerichtet werden. Leider steht auch die Bildungsdirektion hier nicht immer nur auf der Bremse. Aber Monika Wicki, ja, die Mehrheiten haben sich geändert, aus ökologischen Gründen. Aber es gibt auch in diesen Fragen immer noch das Volk als Korrektiv. Und es ist nicht auszuschliessen, dass man irgendwann wieder einmal das Volk in diesen Fragen bemühen muss. Die FDP anerkennt die schwierige Situation, die in einigen, aber nicht in allen Kindergartenklassen herrscht. Die FDP und mehr als zwei Drittel dieses Rates haben die parlamentarische Initiative 10/2018, personelle Unterstützung für Kindergärten mit immer jüngeren Kindern, trotzdem abgelehnt, weil Giesskannenlösungen hier nichts bringen. Jetzt kommt ein erneuter Anlauf, der das Problem mit einer teuren Giesskannenlösung statt mit organisatorischen Massnahmen angehen will. Die FDP lehnt auch dieses Postulat ab, und zwar, erstens, aus Gründen der

politischen Redlichkeit, zweitens aus finanzpolitischen Erwägungen und drittens aus sachlichen Überlegungen.

Zur politischen Redlichkeit: Am 30. November 2008 stimmte die Kantonsbevölkerung mit gut 62 Prozent dem Beitritt zum Harnos-Konkordat zu. So weit, so gut. Der Kanton Zürich hatte mit dem Volksschulgesetz von 2005 die meisten Vorgaben des Konkordates ja ohnehin schon erfüllt. Einzig die Verschiebung des Stichtages für den Eintritt in den Kindergarten führte noch zu Anpassungen, die diesen Sommer 2020 abgeschlossen sein sollten; eine relativ übersichtliche Ausgangslage. Der Regierungsrat schrieb damals in der Abstimmungszeitung, Sie können das nachlesen: «Darüber hinaus hat das Konkordat keine finanziellen Auswirkungen.» Sämtliche Aspekte, welche jetzt vorgebracht werden, waren bei der Volksabstimmung schon bekannt. Dass jüngere Kinder nicht eben einfacher sind, ist ja nicht neu. Trotzdem soll die dem Volk versprochene Kostenneutralität jetzt plötzlich nicht mehr gelten. Man lockt die Bevölkerung mit Vorteilen und präsentiert im Nachhinein die sehr oft horrendere Rechnung. Bezeichnenderweise kommen den Lobbygruppen die zusätzlichen Begehrlichkeiten jeweils immer erst nach den Abstimmungen in den Sinn. Im Nachhinein mit teuren Forderungen zu kommen, ist aber unredlich und undemokratisch. Die FDP gewichtet das Versprechen der Kostenneutralität an die Bevölkerung hoch. Ohne erneute Volksabstimmung kann nicht einfach ein fundamentales Versprechen gebrochen werden. Wer weiss, wie die Mehrheiten bei der Harnos-Abstimmung gewesen wären, wenn man dort diese Kostensteigerungen hineingepackt hätte? Vielleicht wäre das Resultat ein anderes gewesen.

Zu den finanzpolitischen Überlegungen: Die vorgeschlagene Lösung ist einmal mehr eine klassische Giesskannenlösung. Wir sprechen hier nicht von kleinen Beiträgen, wir sprechen von permanenten 90 zusätzlichen Klassen, die es braucht im Kanton, inklusive Schulräume et cetera. Die vom Regierungsrat genannten Mehrkosten von 11 Millionen Franken dürften damit lediglich die Personalkosten abdecken. Aber wir nehmen nicht an, dass diese zusätzlichen Kindergärten unter der Dorflinde unterrichtet werden, also kommen auch Kosten auf die Gemeinden zu. Leider zeigt sich einmal mehr: Der politische Werkzeugkasten besteht bei gewissen Leuten nur aus neuen Stellen und neuen Subventionen. Etwas mehr Kreativität würde nicht schaden. Und auch hier wieder: Man kann Probleme auch anders als immer nur mit Geld lösen. Ein Beispiel ist der Vorschlag von FDP, SVP und GLP, einzelne, besonders aufwendige Kinder ausnahmsweise auch einmal ein halbes Jahr zurückstellen zu können. Der ZLV hat diesen Vorschlag bereits medial abgelehnt, bevor er verstanden hat, worum es geht, offensichtlich auch, bevor er ihn gelesen hat; frei nach dem Motto: Was nichts kostet, ist nichts wert.

Zu den sachlichen Überlegungen: Die durchschnittliche Klassengrösse hat sich in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert. Sie liegt mit rund 19,5 Schülerinnen und Schülern deutlich unter der Vorgabe der Volksschulverordnung. Einige Kindergartenlehrpersonen weisen zudem darauf hin, dass es keinesfalls einfach die Jüngsten sind, die Probleme bereiten und die Klassenführung erschweren. Oftmals seien es im Gegenteil ältere Kindergärtler, die eine ganze Klasse mitreissen

würden. Viel problematischer sei ohnehin die Heterogenität, aber die ist ja politisch gewollt. Gezielte Unterstützung, ganz unabhängig davon, wer die Probleme verursacht, kann heute schon bereitgestellt werden; einerseits mit den pauschal bereitstehenden unterstützenden Kräften, andererseits, auf begründeten Antrag hin, mit zusätzlichen Mitteln. Kindergartenkinder können bei Bedarf schon heute zurückgestellt werden, beispielsweise, wenn diese aufgrund ihres Alters tagsüber noch nicht trocken sind.

Die FDP schliesst sich der Argumentation des Regierungsrates an und lehnt das Postulat ab. Dankeschön.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Ich möchte kurz Rochus Burtscher beruhigen: Wir nehmen das «Liberal» in unserem Namen sehr ernst und wägen in jedem Fall die Vorlagen genau ab. So werden wir diesen Vorstoss – das nehme ich vorweg – nicht unterstützen. Lassen Sie mich erklären, weshalb:

Wir anerkennen die grosse Leistung, die unsere Kindergartenlehrpersonen täglich leisten. Wir sehen auch, dass der Druck immer grösser wird und dass es Notwendigkeiten gibt, hier zu handeln. Jedoch sehen wir keine Notwendigkeit, mit der Giesskanne einfach überall hinzuschütten. Man muss gezielt die Pflanzen giessen. Wir sind der Ansicht, dass es eine Standortbestimmung braucht und ein ganzheitlicher Ansatz gesucht werden soll. Denn wir wollen das Problem langfristig und nachhaltig lösen. Deshalb ist aus unserer Sicht dieser Ansatz falsch. «Durchschnittliche Klassengrössen» ist ein schöner Begriff und es ist auch eine schöne Zahl, jedoch ist dieser Indikator wenig aussagekräftig. Die Belastung im Alltag in den Kindergärten hat nämlich wenig damit zu tun, wie viele Kinder tatsächlich im Kindergarten sind. So kann auch eine kleinere Klasse bereits eine hohe Belastung auslösen. Zudem haben wir mit einer kleineren durchschnittlichen Klassengrösse nicht verhindert, dass wir weiterhin grosse Klassen von 21 und mehr Kindern haben werden.

Lassen Sie mich etwas auf den Alltag der Kindergärtnerinnen eingehen. Wenn eine Kindergärtnerin sich um 17 Kinder kümmern muss, macht es schon einen grossen Unterschied aus, wenn diese Klasse sehr heterogen daherkommt, wenn viele Kinder sich noch nicht selbst anziehen können, nicht auf die Toilette können oder einen speziellen Förderungsbedarf haben. Das hat nichts damit zu tun, dass es nur 17 Kinder sind. Handkehrum kann eine grosse Klasse, die sehr homogen daherkommt, in der die Kinder sehr reif und schon sehr selbstständig sind, eine sehr geringe Belastung darstellen. Aus unserer Sicht braucht es deshalb konkrete Massnahmen, Massnahmen wie eben die Rückstellung um ein halbes Jahr, die Marc Bourgeois vorher angetönt hat, damit die Kinder die Kindergartenreife auch tatsächlich erreichen, wenn sie eintreten, und die ihnen auch einen guten Start in ihre Bildungskarriere ermöglichen können. Man müsste vielleicht auch noch an anderen Stellen anknüpfen: Wiedereinführung von Halbklassenunterricht im ersten Kindergartenjahr oder eine Anpassung der Assistenzregelung, und so weiter, und so weiter. Aus unserer Sicht braucht es eine Gesamtschau, eine konkrete Analyse und kein Giesskannenprinzip.

Deshalb lehnen wir dieses Postulat ab.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Auch wir sehen in der durchschnittlichen Senkung der Klassengrösse keinen adäquaten Lösungsansatz für ein allfällig vorhandenes, aber doch noch unbekanntes Problem. Wir wissen seit der Diskussion um die Volksinitiative «Mehr Qualität im Unterricht dank kleinerer Klassen» und dem dazugehörigen Gegenvorschlag, dass die Unterrichtsqualität nicht von der Grösse der Klasse, sondern vielmehr auch von der Homogenität oder Heterogenität der Klasse abhängig ist. Eine grosse homogene Klasse ist sicherlich weniger aufwendig für eine Lehrperson als eine kleine, sehr heterogene.

2014 wurde ja vom Volk der Gegenvorschlag zu dieser Klassengrösseninitiative angenommen, seither kann die Bildungsdirektion für besonders anspruchsvolle Klassensituationen auch zusätzliche VZE (*Vollzeiteinheiten*) gewähren. Ich habe kürzlich im Volksschulamt nachgefragt: Dieser Stellenpool ist aktuell bei weitem nicht ausgeschöpft. Da stellen sich für mich doch gewisse Fragen, weshalb die Gemeinden nicht stärker auf diesen Stellenpool zurückgreifen, wenn sie denn schon mit so vielen anspruchsvollen Situationen im Kindergarten konfrontiert sind.

Für uns wäre nach wie vor die Einführung einer Basis- oder Grundstufe der wesentlich effektivere Ansatz, um den anspruchsvollen Situationen auf der Kindergartenstufe gerecht zu werden. Die Grund- und Basisstufe ist ein Modell, das effektiv auf die unterschiedlichen Entwicklungsvoraussetzungen der Kinder Rücksicht nimmt. Sie bietet den Lehrpersonen mit dem Teamteaching auch eine wesentlich bessere Ressourcenlage und würde entsprechend auch dem Druck auf den Kindergarten effektiver begegnen.

Insofern lehnen wir dieses vorliegende Postulat ab. Besten Dank.

Kathrin Wydler (CVP, Wallisellen): Die Situation im Kindergarten ist zum Teil wirklich nicht einfach, aber mit einer Verkleinerung der Kindergartenklassengrössen wird das Problem nicht gelöst. Der Stand der Kinder, welche in den Kindergarten eintreten, ist sehr unterschiedlich und leider weiss die Schule meistens zum vornherein nichts davon. Dies kann sehr schwierige Klassenkonstellationen hervorrufen. So kann eine Klasse mit 21 Kindern, welche gut sozialisiert sind und keine zusätzlichen Bedürfnisse haben, problemlos zu führen sein, aber eine Klasse mit 14 Kindern die Lehrperson wirklich an die Grenzen bringen, wenn sie eine ungünstige Zusammensetzung hat. Erst mit dem Eintritt in die erste Primarklasse kann die Schule die Zusammensetzung der Klassen entsprechend planen, da sie die Schülerinnen und Schüler und deren Bedürfnisse dann kennt und so eine gute Durchmischung machen kann. Des Weiteren führt in den meisten Kantonen eine kleinere Klassengrösse im Kindergarten dazu, dass auch die zusätzliche personelle Unterstützung kleiner wird. Gerade dies gilt es zu vermeiden.

Die CVP ist sich bewusst, dass nach besseren Lösungen im Kindergarten gesucht werden muss, denkt aber nicht, dass eine Verkleinerung der Klassen helfen wird. Wir werden deshalb das Postulat nicht unterstützen.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Der Kindergarten legt die Fundamente der Schulbildung unserer Kinder. Und damit dies gelingt, geben die Kindergartenlehrpersonen Tag für Tag ihr Bestes. Aber heute bittet der Kindergarten um Ihre Hilfe.

Durch die Verschiebung des Stichtages der Einschulung werden die Kinder Jahr für Jahr jünger: Im August 2020 werden Kinder in den Kindergarten eintreten, die erst wenige Tage vorher vierjährig geworden sind, und bei vorzeitiger Einschulung durch die Eltern sind sie sogar noch jünger. Ganz abgesehen davon, dass diese Kinder von wesentlich unterschiedlicheren Erziehungsstilen geprägt wurden, als wir dies noch waren vor 40 Jahren, brauchen diese immer jüngeren Kindern wesentlich mehr Betreuung: Manche Kinder leider unter Heimweh, sie können ihre Kleider und Schuhe nicht selbstständig aus- und anziehen und das eine oder andere Kind kann sogar nicht mal alleine aufs WC gehen. Die Entwicklungsunterschiede in den altersdurchmischten Klassen sind enorm: Neben Kindern, die schon sehr reif sind, gibt es in der gleichen Klasse Kinder, die noch nie eine Schere benutzt haben, Kinder, die ein kleinkindliches Verhalten an den Tag legen, kein Deutsch sprechen, Kinder mit grossem Bewegungsdrang, Kinder mit speziellen Bedürfnissen, besonderen Begabungen und so weiter. Dann gibt es Kinder, bei denen man in den ersten Wochen des Kindergartens Auffälligkeiten entdeckt, die dringend abgeklärt und sonderpädagogisch therapiert werden müssen. Das braucht Zeit, und die Störungen belasten das geordnete Miteinander im Kindergartenalltag zusätzlich. Und mittendrin in diesem Gewusel von 21 oder mehr Kindern versucht die Kindergartenlehrperson einigermassen geordnete Verhältnisse herzustellen. Ich staune immer wieder, mit welcher Energie sich unsere Kindergartenlehrpersonen engagieren, aber ich kann Ihnen sagen: Manchmal ist es wirklich übermenschlich, was sie leisten müssen, um die Klassenführung wenigstens noch einigermassen zu behalten. Und wir reden da erst vom Normalbetrieb. Was macht die Kindergartenlehrperson, wenn einem Kind ein Missgeschick passiert und dieses sie absorbiert? Und dann sind da noch zwei Kinder mit Auffälligkeiten, die man nicht aus den Augen lassen kann. 21 oder mehr Kinder, aber nur eine Kindergartenlehrperson, die erst noch nur 88 Prozent angestellt ist, aber darüber haben wir ja (*im Zusammenhang mit KR-Nr. 7/2018*) eben gesprochen.

Hand aufs Herz: Würden Sie als Eltern ihr vierjähriges Kind gerne in einem Kindergarten abgeben, in dem die sichere Klassenführung in den ersten Wochen nur mit Mühe und Not gewährleistet werden kann? Vermutlich kaum. Deshalb ist es dringend notwendig, dass die durchschnittliche Klassengrösse im Kindergarten gesenkt wird und die Lehrperson dank der kleineren Anzahl Kinder etwas mehr Zeit pro Kind erübrigen kann.

Natürlich sind wir uns bewusst, dass diese Senkung der Klassengrösse allein nicht reicht, um die angespannte Lage des Kindergartens zu entschärfen. Es braucht dazu auch den verstärkten Einsatz von Klassenassistenzen. Da hoffe ich, dass die Bildungsdirektion baldmöglichst die Obergrenze von einer Klassenassistenz pro sechs Klassen aufhebt, in diesen Ausnahmesituationen mit Corona in der Schule erst recht.

Und selbstverständlich funktioniert das Ganze auch nur, wenn wir genügend Kindergartenlehrpersonen haben, indem wir dem Mangel durch faire Anstellungsbedingungen beheben.

Die EVP unterstützt dieses Postulat, weil die geforderte kleine Senkung der Klassengrösse ein wichtiger Beitrag zu einem guten Miteinander im Kindergartenalltag und einem zielführenden Unterricht darstellt. Und dieses gute Miteinander und der zielführende Unterricht in der Kindergartenstufe sind die entscheidende Basis für den weiteren erfolgreichen Bildungsvorlauf.

In der Bildung geht es um unsere Zukunft, um die nächste Generation, und wir tun gut daran, einen gelingenden Start in erfolgreiche Bildungskarrieren zu ermöglichen. Deshalb: Unterstützen Sie dieses Postulat.

Regierungspräsidentin Silvia Steiner: Heute bin ich mir für einmal nicht ganz sicher, ob es ein Nachteil ist, dass die Vorstösse in diesem Rat immer mit zwei Jahren Verspätung behandelt werden. Gewisse Probleme erledigen sich bekanntlich teilweise von selbst. In diesem Fall ist es tatsächlich so.

Sie entnehmen der Antwort des Regierungsrates, dass die durchschnittliche Klassengrösse im ganzen Kanton unter 20 liegt. Und Sie haben sicher auch das eine oder andere Mal schon mitbekommen, dass die Bildungsdirektion die Gemeinden stark dabei unterstützt und auch darin bestärkt, die Kindergartenlehrpersonen beispielsweise durch Assistenzen zu unterstützen. Die durchschnittliche Klassengrösse ist aber kein geeigneter Indikator für die Belastung der Lehrpersonen in den Kindergartenklassen, weil sie einerseits nicht ausweist, dass es die sehr grossen und auch die sehr kleinen Klassen gibt, und andererseits nichts über die zur Verfügung stehenden Mittel ausgesagt wird. Eine überdurchschnittlich grosse Kindergartenklasse kann, mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet und in geeigneten Räumlichkeiten angesiedelt, für alle Beteiligten die bessere Lösung sein als eine heterogene Kindergartenklasse mit weniger als 19 Schülerinnen und Schülern. Und wir wissen alle, dass vielleicht zwei schwierige Schüler auch einen kleinen Klassenverband völlig drunter und drüber bringen können.

Dieser Vorschlag ist also nicht zielführend. Ich glaube, dass wir im Kindergarten wirklich sehr viele Anstrengungen unternommen haben und noch unternommen werden. Und ein Problem, nämlich die Zunahme der Schülerzahlen, wird uns hier auch wieder etwas davongleiten, denn wir haben jetzt den Peak erreicht und die grösseren Bedürfnisse aufgrund der zunehmenden Schülerzahl entstehen im Moment in der Primarschule. Also wird auch die Frage des Mangels an Kindergartenlehrpersonen wieder etwas relativiert werden.

Ich bitte Sie, dieses Postulat nicht zu überweisen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 121 : 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 9/2018 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.

